

Umbruch und Aufbruch der CDU

Wer wagt, gewinnt

Christoph Böhr

Die Union ist krisengeschüttelt wie wohl noch nie in ihrer Geschichte. Aber trotz aller Beben und Erschütterungen der letzten Monate ist sie beisammengeblieben. Als Volkspartei der Mitte ist sie weder zerschlagen worden, noch hat sie Absplitterungen hinnehmen müssen. Es sind noch nicht einmal dramatische Mitgliederverluste zu beklagen. Das ist eine – trotz aller Schrecknisse der zurückliegenden Wochen – überaus erfreuliche Bilanz, die wir einzig und allein unseren Mitgliedern zu verdanken haben. Sie haben alle Lügen gestraft, die glauben machen wollten, Mitglied einer Partei werde man nur aus selbstsüchtigen Motiven, um des eigenen Fortkommens und des persönlichen Vorteils willen. Wer aus diesen Gründen einer Partei beitritt, eilt schnellen Schrittes von dannen, wenn die Offenbarung seiner Mitgliedschaft zur gesellschaftlichen Ausgrenzung führt. Eben diese Erfahrung der Ausgrenzung haben jüngst tausende von Mitgliedern der Union machen müssen.

Vielleicht ist die Union gerade deshalb nicht auseinander gebrochen. Sie hat Zusammenhalt und Standfestigkeit bewiesen – dank engagierter Mitglieder, die sich dem Orkan mutig entgegenstemmten. Die Union hat ihre wohl schwerste Krise überstanden. Jetzt ist die Zeit da, den Blick nach vorne zu richten.

Die verlorene Bundestagswahl 1998 war und bleibt eine Herausforderung, das Konzept der Volkspartei für die Union zukunfts-fähig zu machen. Dies bedeutet im Kern, dem Anspruch gerecht zu werden, Volkspartei der Mitte zu sein. Die Union muss für alle Demokraten eine wählbare Perspektive bieten, und sie muss alle sozialen Gruppen und Schichten beheimaten. Sie muss eine von Interessenverbänden abgelöste Politik des Ausgleichs formulieren, und sie muss in der Gesellschaft verwurzelt sein und an deren politischer Selbstfindung mitwirken.

Schon auf den ersten Blick wird klar, ein wie hoher Anspruch dies ist. Deshalb kann es wenig verwundern, dass diese Zielmarke immer wieder verfehlt wird – etwa vor der letzten Bundestagswahl.

Soziale Balance

Damals glaubten viele, die Union habe sich an der Schwelle zum Zeitalter der Globalisierung einseitig zum Sprachrohr wirtschaftlicher Interessen gemacht und Reformvorschläge unterbreitet, die der Mehrheit der Betroffenen eher Nachteile als Vorteile bringen würden.

An diesem Missverständnis muss die Union zunächst ansetzen. Was immer unter dem Begriff der Globalisierung zu verstehen ist,

eines ist sicher: Die Revolution der Kommunikations- und Informationstechnologie hat nicht nur die ganze Welt, sondern auch den Arbeitsalltag von uns allen in nur wenigen Jahren dramatisch verändert. Inzwischen weiß jeder, dass Veränderungen immer schneller und immer tiefgreifender auf uns zukommen. Wer etwa nur einen Tag auf der CeBIT zubringt, findet aus dem Staunen nicht mehr heraus.

Der technologische Wandel hat eine atemberaubende Geschwindigkeit erreicht. Die Anforderungen an Mobilität und Flexibilität steigen, Sicherheiten schwinden dahin. Die Furcht vor Arbeitslosigkeit, die Angst, den Anforderungen am Arbeitsplatz nicht mehr gewachsen zu sein, wächst. Die Sorge, mit den jüngeren Kollegen nicht mehr mithalten zu können und mit fünfzig Jahren schon zum alten Eisen zu gehören, ist verbreitet. Viele bedrückt, mit den eigenen Fähigkeiten nicht mehr gefragt zu sein, einen Beruf erlernt zu haben, der vom Aussterben bedroht ist. All das bereitet vielen Menschen schlaflose Nächte, weil sie sich dem gesellschaftlichen Wandel hilflos ausgesetzt fühlen.

Eine Partei, die sich unverhohlen – und mit guten Gründen – zum Fürsprecher von Reformen, also weiteren einschneidenden Veränderungen macht, hat angesichts dieser Empfindungen von Menschen große Probleme, mit ihrer Botschaft Verständnis zu finden. Sie läuft Gefahr, als eine Partei wahrgenommen zu werden, die auch noch die letzten verbliebenen Sicherheiten infrage stellt: die verlässliche Altersversorgung, den Krankheitsschutz, den verdienten Feierabend, die Freizeit am Wochenende. Reformanforderungen werden als ungerechtfertigte Verzichtszumutungen wahrgenommen, als grobe Verletzung der eigenen Interessen.

1998 wählte man lieber eine Partei, die soziale Besitzstände nicht anzutasten versprach. Nun hat das Jahr, das seit dem Regierungswechsel vergangen ist, allen gezeigt: Ein solches Versprechen lässt sich gar nicht einlösen. Im Gegenteil: In den meisten Fällen kam es unter rot-grüner Federführung weit schlimmer, als man zu Zeiten der unionsgeführten Bundesregierung je befürchtet hatte: Rente nach Kassenlage, Rationierung im Gesundheitssystem, die Bestrafung der Fleißigen durch die Neuregelung der kleinen Beschäftigungsverhältnisse, das Abzocken der Berufspendler – all das stand nicht auf der Liste der Versprechungen, als eine Mehrheit 1998 die SPD und Rot-Grün wählte.

Reformieren und unterstützen

Seitdem ist die Stimmung umgeschlagen. Aber die Tatsache, dass jetzt wieder mehr Wasser auf die Mühlen der Union fließen kann, ist bei näherem Hinsehen nur ein schwacher Trost. Denn nach wie vor fehlt der Union ein umfassender ordnungspolitischer Ansatz, der allein ihren Erfolg als Volkspartei sicherstellen kann. Sie muss eine doppelte Aufgabe schultern: Anwalt der notwendigen gesellschaftlichen Reformen zu sein und zugleich Fürsprecher der Sorgen jener Menschen, die fürchten, an den Rand gedrängt zu werden.

Die Union braucht demnach ein ordnungspolitisches Konzept, aus dem sich Antworten auf die Fragen der zukünftigen Gestaltung unserer Gesellschaft ableiten lassen. Die Union muss Vorreiter einer lange überfälligen gesellschaftspolitischen Debatte werden. Sie muss Wege suchen, Reformen beherzt anzupacken, ohne in Kauf zu nehmen, dass die Schwächeren auf der Strecke bleiben. Nur dann wird sie ihren Anspruch

als Volkspartei aufrechterhalten können. Sie darf den Veränderungsdruck, der auf allen Industriegesellschaften lastet, nicht leugnen. Aber ebenso wenig darf sie übersehen, dass die immer schnelleren Veränderungen unserer Lebens- und Arbeitsverhältnisse manchem Angst machen, weil er seine mühsam erarbeitete und hart erkämpfte Stellung in Wirtschaft und Gesellschaft bedroht sieht.

Ludwig Erhard hatte das verstanden. Als er die Weichen stellte, um die Planwirtschaft der ersten Nachkriegsjahre zu Gunsten der Sozialen Marktwirtschaft zu überwinden, betonte er immer wieder, dass gerade die Schwachen und Armen am meisten gelitten hätten, als Wirtschaftspolitik gegen den Markt gemacht wurde. Er versprach, dass „umgekehrt die Schwachen und Armen am meisten Nutzen haben, wenn für wirtschaftliche Probleme Lösungen gesucht werden, die dem Markt folgen“ (Rede vor der 14. Vollversammlung des Wirtschaftsrates des Vereinigten Wirtschaftsgebietes am 21. April 1948 in Frankfurt am Main). Von dieser Einsicht sind wir heute um Lichtjahre entfernt. Im Gegenteil: Eine Mehrheit in unserer Gesellschaft scheint in marktorientierten Lösungen die Fratze eines unmenschlichen, verächtlichen Systems zu sehen, das dem Starken nutzt und dem Schwa- chen schadet.

Ordnung des Marktes

An eben diesem Punkt hat die ordnungs-politische Offensive der Union anzusetzen. Wie seinerzeit Ludwig Erhard muss sie einer anders denkenden Öffentlichkeit – und großen Teilen der eigenen Mitgliedschaft – klarmachen, dass eine marktwirtschaftliche Ordnung weit besser als alle anderen Konzepte den Anspruch des sozialen

Ausgleichs erfüllen kann. Sie muss einsichtig machen, dass sich dies im Interesse und zum Nutzen gerade der Schwächeren und Ärmeren auswirken wird. Nicht nur die wirtschaftliche Effizienz, sondern vor allem die soziale Kompetenz zeichnet die Ordnung des Marktes aus.

Eben deshalb findet sie ihre Begründung jenseits von Angebot und Nachfrage. Nur eine Ordnung des Marktes sichert die Rechte und fördert den Verzicht auf eine rücksichtslose Durchsetzung des Rechtes des Stärkeren auf Kosten des Schwächeren. Das gilt für den Arbeitsmarkt, der längst schon kein „Markt“ mehr ist, ebenso wie für die Gesundheitspolitik, die Energiepolitik, die Umweltpolitik und – notabene – sogar die Sozialpolitik.

Zivilgesellschaft

Eine zweite programmatische Zielvorstellung muss von der Union erarbeitet werden: Wir müssen Ernst machen mit der Forderung nach einer Entstaatlichung des öffentlichen Lebens und der Förderung einer neuen gestaltenden Zivilgesellschaft. Nicht der Parteienstaat insgesamt ist infrage zu stellen. Wohl aber ist die Reichweite des politischen Einflusses der Parteien zu begrenzen. Ein besonders probates Mittel dazu sind beispielsweise die kommunalen Urwahlen in Form von Persönlichkeitswahlen, die nicht zuletzt dazu führen, dass Parteien ihre herkömmlichen Gesichtspunkte der Kandidatenauswahl überdenken und ändern müssen. Möglichkeiten des Kumuliierens und des Panaschierens drängen den Einfluss von Parteien zurück und eröffnen der Zivilgesellschaft neue Möglichkeiten politischer Einflussnahme.

Der längst begonnene Rückzug der Politik aus wirtschaftlichen Betätigungen ist in die-

sem Zusammenhang ebenso zu nennen wie der noch einzuleitende Rückzug der Politik aus den Aufsichtsgremien von Wirtschaftsunternehmen.

Und schließlich müssen der Zivilgesellschaft Zuständigkeiten rückübertragen werden, die der Staat in vordemokratischer Zeit an sich gezogen hat: Warum soll ein Schulleiter nicht von Kollegen und Eltern auf Zeit gewählt werden, ein eigenes Budget für seine Schule erhalten, für Personal- und Sachausgaben die Verantwortung tragen?

Das öffentliche Leben zu entstaatlichen bedeutet: die Zivilgesellschaft ernsthaft zu fördern. Beide Seiten werden lernen müssen, mit einer Neuvermessung der Zuständigkeit umzugehen. Am Beginn werden manche Bedenken zu überwinden sein. Aber die Zeit ist gekommen, die Schutzfunktion des Staates, die Lösungszuständigkeit der Zivilgesellschaft und die Eigenverantwortung des Bürgers neu auszubalancieren.

Vertrauen durch Kontakt

Ein drittes Ziel muss die Union anstreben: Sie braucht eine andere, eine neue kommunikative Kompetenz. Es ist ein Irrtum anzunehmen, in der Informations- und Kommunikationsgesellschaft würde politisches

Vertrauen vor allem oder gar ausschließlich über den Bildschirm vermittelt. So wichtig die mediale Vermittlung ist, so richtig bleibt: Stärker und überzeugender als alle technischen Medien ist die persönliche Kommunikation. Vertrauen verlangt nach einem Gesicht, einem persönlichen Wort, einer Begegnung, einem Händedruck. Deshalb muss sich die Union auf den Weg machen, im wörtlichen Sinne: von Haus zu Haus und von Tür zu Tür. Sie muss das Gespräch, die Begegnung und das persönliche Wort suchen. Diese Kommunikation vor Ort kann ein Fundament werden, das auch in stürmischen Zeiten trägt. Eine Volkspartei, die sich mit tausenden ihrer kommunalen Vertreter, ihrer Mandatsträger, ihrer Vorstände und Fraktionen auf diesen Weg begibt, sammelt ein Vertrauenskapital, das den Anspruch, Volkspartei der Mitte zu sein, dauerhaft – und schließlich erfolgreich – untermauert. Eine neue Verklammerung von Volkspartei und Gesellschaft ist so möglich.

In drei Bereichen muss sich die Union vor allem neue Ziele setzen: Sie braucht ordnungspolitische, gesellschaftspolitische und kommunikative Kompetenz – mehr als bisher. Wenn sie sich auf den Weg macht, ist die Krise von heute tatsächlich die Chance für morgen.

Gestürzte Größen

„Über gestürzte Größen gnadenlos herzufallen und dabei deren Parteien nicht zu schonen – auch dies ist jedoch ein Merkmal so gut wie jeder Parteidemokratie. Adenauer soll einmal bemerkt haben: „Wenn ich nicht mehr Kanzler bin, wird man ganze Kübel schmutzigen Wassers über mir ausleeren.““

(Hans Peter Schwarz am 13. März 2000 in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*)